

Referentenentwurf

des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen, zum Ausbau der Spezialisierung bei den Gerichten sowie zur Änderung weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften

A. Problem und Ziel

Die gesetzliche Regelung, wonach die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesgerichtshof in Zivilsachen einen Beschwerdewert von mehr als 20 000 Euro erfordert, ist seit dem Jahr 2002 fortlaufend befristet, zuletzt bis zum 31. Dezember 2019. Das Fehlen einer verlässlichen Regelung ist auf Dauer unbefriedigend. Es bedarf daher einer sachgerechten und dauerhaften Regelung für die Nichtzulassungsbeschwerde. Darüber hinaus machen der Wandel der Lebensverhältnisse, die wachsende Komplexität der Rechtsbeziehungen sowie die veränderten Erwartungen an die Justiz gesetzliche Anpassungen des Zivilprozessrechts erforderlich, um auch künftig die hohe Qualität der Ziviljustiz zu sichern. Gleichzeitig soll durch eine Änderung zivilprozessualer Vorschriften eine effiziente Verfahrensführung ohne Einbußen des Rechtsschutzes gefördert werden.

B. Lösung

Um die Funktionstüchtigkeit der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs dauerhaft zu gewährleisten, wird die bislang in einer befristeten Übergangsvorschrift verortete Wertgrenze für Nichtzulassungsbeschwerden in Zivilsachen in Höhe von 20 000 Euro dauerhaft in § 544 der Zivilprozessordnung (ZPO) festgeschrieben. Zudem soll die Spezialisierung der Gerichte in Zivilsachen ausgebaut und zu diesem Zweck der Katalog der obligatorischen Spezialspruchkörper bei den Land- und Oberlandesgerichten um die Rechtsmaterien erweitert werden, welche die Kommunikations- und die Informationstechnologie, das Erbrecht, insolvenzbezogene Streitigkeiten und Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz sowie Pressesachen betreffen. Außerdem sollen die Landesregierungen ermächtigt werden, landesweit weitere spezialisierte Spruchkörper einzurichten und Rechtsstreitigkeiten an ausgesuchten Gerichten zu konzentrieren. Schließlich soll klargestellt werden, dass die Gerichte im Rahmen der Prozessleitung den Streitstoff strukturieren beziehungsweise abschichten und Sachverständige auch außerhalb einer förmlichen Beweisaufnahme zur Unterstützung des Gerichts insbesondere bei technisch komplexen Sachverhalten beratend hinzuziehen können.

Durch Änderungen weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften soll die Effizienz im Zivilprozess gesteigert werden: Unter anderem soll die Obliegenheit zur unverzüglichen Geltendmachung von im Laufe des Verfahrens zu Tage tretenden Ablehnungsgründen gesetzlich festgeschrieben werden, um zu verhindern, dass Ablehnungsgesuche gegenüber Richtern von einer Partei erst dann gestellt werden, wenn sich eine für die Partei ungünstige Verhandlungsposition ergibt. Des Weiteren sollen die Möglichkeiten zum Abschluss eines wirksamen gerichtlichen Vergleichs vereinfacht werden, indem die Parteien einen schriftlichen Vergleichsvorschlag des Gerichts auch wirksam durch Erklärung zu Protokoll annehmen können. Außerdem sollen die Gerichte über Nebenforderungen, Tatbestandsberichtigungs- und Urteilsergänzungsanträge sowie über die vorläufige Vollstreckbarkeit ohne mündliche Verhandlung entscheiden können. Ferner soll es in Fällen, in denen nach

Mahnverfahren und Widerspruch das Verfahren in das Streitige Verfahren übergeht, als teilweise Klagerücknahme anzusehen sein, wenn der in der Anspruchsbegründung gestellte Antrag hinter dem Antrag im Mahnbescheid zurückbleibt. Schließlich soll zur Erleichterung der Abläufe beim elektronischen Rechtsverkehr ein elektronisches Empfangsbekenntnis künftig in Fällen, in denen das Gericht hierfür keinen strukturierten Datensatz zur Verfügung stellen kann, auch als elektronisches Dokument übersandt werden können.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Die geplanten Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Haushaltsausgaben des Bundes und der Länder.

Auswirkungen auf die Haushalte der Gemeinden ergeben sich nicht.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Die Länder können durch die in dem Entwurf vorgesehenen Regelungen zum Ausbau der Spezialisierung bei den Land- und Oberlandesgerichten voraussichtlich mit geringfügigen Mehrkosten belastet werden. Der Entwurf erfordert zwar nicht die Einrichtung weiterer Spruchkörper bei den Landgerichten und den Oberlandesgerichten. Die Verfahren, die von den in dem Entwurf vorgesehenen spezialisierten Spruchkörpern zu bearbeiten sein werden, sind bereits nach dem bisherigen Recht den jeweiligen Gerichten (Landgericht und Oberlandesgericht) zugewiesen. Der Entwurf erfordert auch keine Erhöhung der Anzahl der Spruchkörper der jeweils betroffenen Landgerichte und Oberlandesgerichte, da die Aufgaben der spezialisierten Spruchkörper von den bereits bestehenden Spruchkör-

pern wahrgenommen werden können. Es könnte jedoch deshalb bei den Landgerichten zu einem höheren Personaleinsatz kommen, weil die Streitigkeiten, für die künftig verpflichtend SpeziSpruchkörper einzurichten sind, nach § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 1. Alternative ZPO nicht mehr originär dem Einzelrichter, sondern dem gesamten Spruchkörper zugewiesen werden. Erfolgt in diesen Fällen mangels Vorliegen der Voraussetzungen des § 348a Absatz 1 ZPO keine Übertragung auf den Einzelrichter, hat anders als bisher der gesamte Spruchkörper zu entscheiden. Dies kann zu personellem Mehrbedarf bei den Landgerichten führen und auch entsprechenden personellen Mehrbedarf auf der Ebene der Oberlandesgerichte nach sich ziehen (vergleiche § 526 ZPO).

Diese geringfügigen finanziellen Mehrkosten werden durch nicht bezifferbare finanzielle Einsparungen kompensiert, die sich aufgrund der Vorschläge zur Verfahrenseffizienz ergeben.

Belastbare Zahlen liegen nicht vor und lassen sich anhand des vorhandenen statistischen Datenmaterials auch nicht schätzen.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

ENTWURF

Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen, zum Ausbau der Spezialisierung bei den Gerichten sowie zur Änderung weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung

§ 26 Nummer 8 des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (BGBl. I S. 863) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung der Zivilprozessordnung

Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 44 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
„Das Ablehnungsgesuch ist unverzüglich anzubringen.“
2. Dem § 67 wird folgender Satz angefügt:
„Für ihn gelten die §§ 141 und 278 Absatz 3 entsprechend.“
3. § 127 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Die Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, dass die Partei gemäß § 115 Absatz 1 bis 3 nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Zahlungen zu leisten oder gemäß § 116 Satz 3 Beträge zu zahlen hat.“
4. In § 128 Absatz 3 werden nach dem Wort „Kosten“ die Wörter „oder Nebenforderungen“ eingefügt.
5. Dem § 139 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Das Gericht kann den Streitstoff strukturieren und abschieben.“

6. In § 144 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Begutachtung durch Sachverständige“ durch die Wörter „Hinzuziehung von Sachverständigen“ ersetzt.
7. § 174 Absatz 4 Satz 5 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Wird vom Gericht hierfür mit der Zustellung ein strukturierter Datensatz zur Verfügung gestellt, ist dieser zu nutzen. Andernfalls ist das elektronische Empfangsbekennnis abweichend von Satz 4 als elektronisches Dokument (§ 130a) zu übermitteln.“
8. In § 278 Absatz 6 Satz 1 werden nach dem Wort „Schriftsatz“ die Wörter „oder durch Erklärung zu Protokoll in der mündlichen Verhandlung“ eingefügt.
9. § 320 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - b) Die Absätze 4 und 5 werden die Absätze 3 und 4.
10. § 321 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Auf einen Antrag, der die Ergänzung des Urteils um einen Hauptanspruch zum Gegenstand hat, ist ein Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen. Dem Gegner des Antragstellers ist mit der Ladung zu diesem Termin der den Antrag enthaltende Schriftsatz zuzustellen. Über einen Antrag, der die Ergänzung des Urteils um einen Nebenanspruch oder den Kostenpunkt zum Gegenstand hat, kann ohne mündliche Verhandlung entschieden werden, wenn die Bedeutung der Sache keine mündliche Verhandlung erfordert; § 128 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“
 - b) In Absatz 4 wird das Wort „Die“ durch das Wort „Eine“ ersetzt.
11. In § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „§ 72a Satz 1“ durch die Wörter „§ 72a Absatz 1 und 2“ ersetzt.
12. § 544 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird durch die folgenden Absätze 1 bis 3 ersetzt:
 - „(1) Die Nichtzulassung der Revision durch das Berufungsgericht unterliegt der Beschwerde (Nichtzulassungsbeschwerde).“
 - (2) Die Nichtzulassungsbeschwerde ist nur zulässig, wenn
 1. der Wert der mit der Revision geltend zu machenden Beschwer zwanzigtausend Euro übersteigt oder
 2. das Berufungsgericht die Berufung als unzulässig verworfen hat.
 - (3) Die Nichtzulassungsbeschwerde ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Verkündung des Urteils bei dem Revisionsgericht einzulegen. Mit der Beschwerdeschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Urteils, gegen das die Revision eingelegt werden soll, vorgelegt werden.“

- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 6 werden die Absätze 4 bis 8.
- c) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 9 und die Angabe „Absatz 6“ wird durch die Angabe „Absatz 8“ ersetzt.
13. In § 549 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 544 Abs. 6 Satz 2“ durch die Wörter „§ 544 Absatz 8 Satz 2“ ersetzt.
14. In § 550 Absatz 1 werden die Wörter „§ 544 Absatz 1 Satz 3“ durch die Wörter „§ 544 Absatz 3 Satz 2“ ersetzt.
15. In § 551 Absatz 2 Satz 4 wird die Angabe „§ 544 Abs. 6 Satz 3“ durch die Wörter „§ 544 Absatz 8 Satz 3“ ersetzt.
16. Dem § 695 wird folgender Satz angefügt:
„Gleichzeitig belehrt es ihn über die Folgen des § 697 Absatz 2 Satz 2.“
17. Nach § 697 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Soweit der Antrag in der Anspruchsbegründung hinter dem Mahnantrag zurückbleibt, gilt die Klage als zurückgenommen, wenn der Antragsteller zuvor durch das Mahngericht über diese Folge belehrt oder durch das Streitgericht auf diese Folge hingewiesen worden ist.“
18. § 718 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) In der Berufungsinstanz ist über die vorläufige Vollstreckbarkeit auf Antrag vorab zu entscheiden. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen; § 128 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

Artikel 3

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. April 2019 (BGBl. I S. 466) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 13a wird wie folgt gefasst:

„§ 13a

(1) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung einem Gericht für die Bezirke mehrerer Gerichte Sachen aller Art ganz oder teilweise zuzuweisen sowie auswärtige Spruchkörper von Gerichten einzurichten, sofern dies für die sachdienliche Förderung oder schnellere Erledigung von Verfahren zweckmäßig ist. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. Besondere Ermächtigungen der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen gehen vor.

(2) Mehrere Länder können die Einrichtung eines gemeinsamen Gerichts oder gemeinsamer Spruchkörper eines Gerichts oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken über die Landesgrenzen hinaus, auch für einzelne Sachgebiete, vereinbaren.“

2. § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a

(1) Bei den Landgerichten werden eine oder mehrere Zivilkammern für folgende Sachgebiete gebildet:

1. Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften,
2. Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen,
3. Streitigkeiten aus Heilbehandlungen,
4. Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen,
5. Streitigkeiten aus den Bereichen der Kommunikations- und Informationstechnologie,
6. Streitigkeiten über Ansprüche aus Veröffentlichungen durch Druckerzeugnisse, Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen,
7. erbrechtliche Streitigkeiten und
8. insolvenzbezogene Streitigkeiten und Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung bei den Landgerichten eine oder mehrere Zivilkammern für weitere Sachgebiete einzurichten. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(3) Den Zivilkammern nach den Absätzen 1 und 2 können auch Streitigkeiten nach den §§ 71 und 72 zugewiesen werden.“

3. § 119a wird wie folgt gefasst:

„§ 119a

(1) Bei den Oberlandesgerichten werden ein oder mehrere Zivilsenate für folgende Sachgebiete gebildet:

1. Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften,
2. Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen,
3. Streitigkeiten aus Heilbehandlungen,
4. Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen,
5. Streitigkeiten aus den Bereichen der Kommunikations- und Informationstechnologie,

6. Streitigkeiten über Ansprüche aus Veröffentlichungen durch Druckerzeugnisse, Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen,
7. erbrechtliche Streitigkeiten und
8. insolvenzbezogene Streitigkeiten und Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung bei den Oberlandesgerichten einen oder mehrere Zivilsenate für weitere Sachgebiete einzurichten. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(3) Den Zivilsenaten nach den Absätzen 1 und 2 können auch Streitigkeiten nach § 119 Absatz 1 zugewiesen werden.“

Artikel 4

Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz

§ 40a des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 40a

(1) Die §§ 72a und 119a des Gerichtsverfassungsgesetzes in der bis einschließlich 30. Juni 2020 geltenden Fassung sind auf Verfahren, die vor dem 1. Januar 2018 anhängig geworden sind, nicht anzuwenden.

(2) Auf Verfahren, die ab dem 1. Januar 2018 bis einschließlich 30. Juni 2020 anhängig geworden sind, sind die §§ 72a und 119a des Gerichtsverfassungsgesetzes in der bis einschließlich 30. Juni 2020 geltenden Fassung anzuwenden.“

Artikel 5

Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung

Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 106 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder durch Erklärung zu Protokoll in der mündlichen Verhandlung“ eingefügt.
2. Dem § 120 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung kann abgesehen werden, wenn mit der Ergänzung des Urteils nur über einen Nebenanspruch oder über die Kosten entschieden werden soll und wenn die Bedeutung der Sache keine mündliche Verhandlung erfordert.“

Artikel 6

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

In § 101 Absatz 1 Satz 2 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist, werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder durch Erklärung zu Protokoll in der mündlichen Verhandlung“ eingefügt.

Artikel 7

Änderung der Finanzgerichtsordnung

Dem § 109 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung kann abgesehen werden, wenn mit der Ergänzung des Urteils nur über einen Nebenanspruch oder über die Kosten entschieden werden soll und wenn die Bedeutung der Sache keine mündliche Verhandlung erfordert.“

Artikel 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 2020 in Kraft. Die Artikel 3 und 4 treten am 1. Juli 2020 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Die gesetzliche Regelung, wonach die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesgerichtshof in Zivilsachen einen Beschwerdewert von mehr als 20 000 Euro erfordert, ist seit dem Jahr 2002 fortlaufend befristet, zuletzt bis zum 31. Dezember 2019. Das Fehlen einer verlässlichen Regelung ist auf Dauer unbefriedigend. Es bedarf daher einer sachgerechten und dauerhaften Regelung für die Nichtzulassungsbeschwerde. Darüber hinaus machen der Wandel der Lebensverhältnisse, die wachsende Komplexität der Rechtsbeziehungen sowie die veränderten Erwartungen an die Justiz gesetzliche Anpassungen des Verfahrensrechts erforderlich, um auch künftig die hohe Qualität der Ziviljustiz zu sichern. Gleichzeitig soll durch die Änderung verschiedener zivilprozessualer Vorschriften eine effiziente Verfahrensführung ohne Einbußen des Rechtsschutzes gefördert werden.

Zur Vorbereitung der gesetzgeberischen Arbeiten fanden intensive Gespräche mit den Ländern im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe statt (Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zivilprozessualer Reformbedarf“). Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder hat sich auf ihrer Herbsttagung am 15. November 2018 dafür ausgesprochen, den Zivilprozess durch Reformen zu stärken, den individuellen Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger und die Verfahren bei wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten unter effektivem Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu verbessern sowie die Regelung zur Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde dauerhaft zu entfristen.

Mit Blick auf den internationalen Wirtschaftsverkehr sieht die Bundesregierung über das vorliegende Gesetzesvorhaben hinaus weitergehenden gesetzlichen Reformbedarf. Es geht darum, die Attraktivität des Justizstandortes Deutschland zu erhöhen und die Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten zu stärken. In diesem Zusammenhang besteht spezieller Reformbedarf unter anderem auch hinsichtlich der Kammern für Handelssachen, deren Fallzahlen seit längerem erheblich zurückgehen (vergleiche Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 2017, S. 197ff.). Entsprechende gesetzgeberische Überlegungen bedürfen allerdings noch vertiefter Diskussion und sollen daher im Rahmen eines eigenständigen Gesetzgebungsvorhabens in Angriff genommen werden. In die Reformüberlegungen werden dann auch die Ergebnisse einbezogen werden können, welche die auf Beschluss der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder im Sommer 2018 errichtete Arbeitsgruppe „Justizstandort Deutschland – Stärkung der Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten“ unter der Federführung der Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen derzeit erarbeitet.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf enthält folgende Regelungsinhalte:

1. Mindestbeschwer von 20 000 Euro für Nichtzulassungsbeschwerden

Die Eingangs- und Berufungsgerichte stellen den Sachverhalt abschließend fest und schließen Rechtsstreitigkeiten mit der Möglichkeit einer Fehlerkontrolle bis hierhin ab, während der Bundesgerichtshof als Revisionsinstanz für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Klärung von grundsätzlichen Rechtsfragen einschließlich der Rechtsfortbildung sorgt. Um die Funktionstüchtigkeit der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs

dauerhaft zu gewährleisten, wird die bislang in einer befristeten Übergangsvorschrift verteilte Wertgrenze für Nichtzulassungsbeschwerden in Zivilsachen in Höhe von 20 000 Euro dauerhaft in § 544 der Zivilprozessordnung (ZPO) festgeschrieben. Seit Einführung der Befristung liegt die Anzahl der Nichtzulassungsbeschwerden zum Bundesgerichtshof auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Daher bedarf es der Mindestbeschwer, um die Überlastung des Bundesgerichtshofs dauerhaft zu verhindern und eine effiziente Erfüllung seiner Aufgaben als Revisionsinstanz sicherzustellen. Damit wird zugleich ein entsprechender Beschluss der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder vom November 2018 umgesetzt. Es bleibt jedoch dabei, dass grundsätzliche Rechtsfragen auch in Streitigkeiten, die unterhalb der Wertgrenze liegen, weiterhin dem Bundesgerichtshof vorgelegt werden können.

2. Ausbau der fachlichen Spezialisierung der Gerichte und Qualitätssicherung

Die Spezialisierung der Gerichte in Zivilsachen wird ausgebaut und zu diesem Zweck der Katalog der obligatorischen Spezialspruchkörper bei den Land- und Oberlandesgerichten um die Rechtsmaterien betreffend die Kommunikations- und die Informationstechnologie, das Erbrecht, insolvenzbezogene Streitigkeiten und Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz sowie Pressesachen erweitert (§§ 72a, 119a des Gerichtsverfassungsgesetzes [GVG]).

Außerdem werden die Landesregierungen ermächtigt, landesweit weitere spezialisierte Spruchkörper einzurichten (§§ 72a, 119a des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Entwurfsfassung [GVG-E]) und Rechtsstreitigkeiten an ausgesuchten Gerichten zu konzentrieren (§ 13a GVG-E).

Mit dem Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts, zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung, zur Stärkung des zivilprozessualen Rechtsschutzes und zum maschinellen Siegel im Grundbuch- und Schiffsregisterverfahren vom 28. April 2017 (BGBl. I, S. 969ff.) wurden zum 1. Januar 2018 für Verfahren in Bau-, Arzthaftungs-, Bank- und Versicherungssachen obligatorische Spezialspruchkörper eingeführt. Diese Entwicklung wurde seither allseits begrüßt und soll fortgesetzt werden. Gerichtliche Verfahren erfordern in vielen Bereichen neben der Kenntnis des Prozessrechts und des materiellen Rechts ein tiefgreifendes Verständnis für die zu beurteilenden Sachverhalte sowie die damit verbundenen speziellen rechtlichen, naturwissenschaftlichen und technischen Fragestellungen. Mit der Spezialisierung wird die Qualität richterlicher Arbeit gesteigert und eine effiziente Verfahrensführung begünstigt. Rechtsanwälte haben sich bereits seit längerem auf bestimmte Rechtsmaterien spezialisiert. Mit der bundesweit verpflichtenden Einrichtung weiterer Spezialspruchkörper wird die Spezialisierung auch auf der Ebene der Gerichte in wichtigen Rechtsbereichen vorangebracht.

Eine inhaltlich voranschreitende und flächendeckende Spezialisierung erfordert flankierend flexiblere Möglichkeiten der Länder beziehungsweise der Landesjustizverwaltungen zur weiteren Spezialisierung und zur Konzentration von Verfahren bei bestimmten Gerichten. Bestrebungen einzelner Länder zu einer weitergehenden, landesweiten Spezialisierung werden gefördert. Durch eine Länderöffnungsklausel wird es den Ländern ermöglicht, schnell und flexibel durch Rechtsverordnung Spruchkörper für weitere Sachgebiete einzurichten und dabei auf die regionalen und strukturellen Besonderheiten Rücksicht zu nehmen. Den Interessen der Länder und deren unterschiedlicher Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und Größe sowie der unterschiedlichen Struktur der Gerichte und Gerichtsbezirke wird ferner dadurch Rechnung getragen, dass die Länder durch die Änderung des § 13a GVG-E gleichzeitig flexibler als bisher durch Rechtsverordnung eine Konzentration von Streitigkeiten an ausgesuchten Gerichten und gegebenenfalls über die Landesgrenzen hinaus vornehmen können, um gegebenenfalls auch in ländlichen Regionen mit kleineren Gerichten durch das „Zusammenziehen“ von Verfahren mehrerer Bezirke ein ausreichend hohes Fallaufkommen sicherzustellen.

Für einen Ausbau der Spezialisierung und der Konzentration bei den Gerichten hat sich bereits die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder im November 2017 ausgesprochen.

Durch gesetzliche Klarstellungen wird ein Anreiz für die Gerichte geschaffen, insbesondere bei komplexen Sachverhalten den Streitstoff noch stärker als bislang zu strukturieren und abzuschichten sowie Sachverständige auch außerhalb einer förmlichen Beweisaufnahme beratend hinzuzuziehen (§§ 139, 144 der Zivilprozessordnung in der Entwurfsfassung [ZPO-E]).

3. Effizienzsteigerung

Durch Änderungen insbesondere folgender weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften soll die Effizienz im Zivilprozess gesteigert werden:

- Die Obliegenheit zur unverzüglichen Geltendmachung von im Laufe des Verfahrens zu Tage tretenden Ablehnungsgründen wird gesetzlich festgeschrieben, um zu verhindern, dass Ablehnungsgesuche gegenüber Richtern von einer Partei erst dann gestellt werden, wenn sich eine für die Partei ungünstige Verhandlungsposition ergibt (§ 44 Absatz 4 ZPO-E).
- Die Gerichte erhalten die Möglichkeit, das persönliche Erscheinen eines Nebenintervenienten anzuordnen (§ 67 ZPO-E); dies kann die Sachverhaltsaufklärung oder die gütliche Einigung erleichtern.
- Die Möglichkeiten zum Abschluss eines wirksamen gerichtlichen Vergleichs werden vereinfacht, indem die Parteien einen schriftlichen Vergleichsvorschlag des Gerichts auch durch Erklärung zu Protokoll wirksam annehmen können (§ 278 Absatz 6 ZPO-E).
- Die Gerichte erhalten die Möglichkeit, über Nebenforderungen, Tatbestandsberichtigungs- und Urteilsergänzungsanträge sowie über die vorläufige Vollstreckbarkeit ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden (§§ 128, 320, 321, 718 ZPO-E).
- In Fällen, in denen nach Mahnverfahren und Widerspruch das Verfahren in das streitige Verfahren übergeht und der in der Anspruchsbegründung gestellte Antrag hinter dem Antrag im Mahnbescheid zurückbleibt, gilt die Klage insoweit als teilweise zurückgenommen (§ 697 ZPO-E).
- Zur Erleichterung der Abläufe beim elektronischen Rechtsverkehr kann ein elektronisches Empfangsbekennnis künftig für die Fälle, in denen das Gericht hierfür keinen strukturierten Datensatz zur Verfügung stellen kann, auch als elektronisches Dokument übersandt werden (§ 174 Absatz 4 ZPO-E).

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes (Gerichtsverfassung, gerichtliches Verfahren).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Entwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

Der Entwurf steigert das hohe Qualitätsniveau der Rechtsprechung in Deutschland und erhöht die Effizienz gerichtlicher Verfahren.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf kann zu einem geringeren Verwaltungsaufwand bei den Gerichten führen, weil die Effizienz der Verfahren gesteigert und dadurch die Verfahren beschleunigt werden.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der Agenda 2030 dient. Insbesondere trägt der Entwurf zur Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs aller zur Justiz bei, wie es das Unterziel 16.3 des SDG 16 der Agenda 2030 postuliert.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Die geplanten Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Haushaltsausgaben des Bundes und der Länder.

Auswirkungen auf die Haushalte der Gemeinden ergeben sich nicht.

4. Erfüllungsaufwand

Weder für Bürgerinnen und Bürger noch für die Wirtschaft oder die Verwaltung entsteht Erfüllungsaufwand.

5. Weitere Kosten

Die Länder können durch die in dem Entwurf vorgesehenen Regelungen zum Ausbau der Spezialisierung bei den Land- und Oberlandesgerichten voraussichtlich mit geringfügigen Mehrkosten belastet werden. Der Entwurf erfordert zwar nicht die Einrichtung weiterer Spruchkörper bei den Landgerichten und den Oberlandesgerichten. Die Verfahren, die von den in dem Entwurf vorgesehenen spezialisierten Spruchkörpern zu bearbeiten sein werden, sind bereits nach dem bisherigen Recht den jeweiligen Gerichten (Landgericht und Oberlandesgericht) zugewiesen. Der Entwurf erfordert auch keine Erhöhung der Anzahl der Spruchkörper der jeweils betroffenen Landgerichte und Oberlandesgerichte, da die Aufgaben der spezialisierten Spruchkörper von den bereits bestehenden Spruchkörpern wahrgenommen werden können. Es könnte jedoch deshalb bei den Landgerichten zu einem höheren Personaleinsatz kommen, weil die Streitigkeiten, für die künftig verpflichtend Spezialspruchkörper einzurichten sind, nach § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 1. Alternative ZPO nicht mehr originär dem Einzelrichter, sondern dem gesamten Spruchkörper zugewiesen werden. Erfolgt in diesen Fällen mangels Vorliegen der Voraussetzungen des § 348a Absatz 1 ZPO keine Übertragung auf den Einzelrichter, hat anders als bisher der gesamte Spruchkörper zu entscheiden. Dies kann zu personellem Mehrbedarf

bei den Landgerichten führen und auch entsprechenden personellen Mehrbedarf auf der Ebene der Oberlandesgerichte nach sich ziehen (vergleiche § 526 ZPO).

Diese geringfügigen finanziellen Mehrkosten werden durch nicht bezifferbare finanzielle Einsparungen kompensiert, die sich aufgrund der Vorschläge zur Verfahrenseffizienz ergeben.

Belastbare Zahlen liegen nicht vor und lassen sich anhand des vorhandenen statistischen Datenmaterials auch nicht schätzen.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Auswirkungen von gleichstellungs- und verbraucherpolitischer Bedeutung sind ebenso wenig zu erwarten wie demografische Auswirkungen.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung ist nicht angezeigt. Eine Evaluation der Gesetzesfolgen erscheint nicht erforderlich.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung – EGZPO)

Gemäß § 26 Nummer 8 Satz 1 EGZPO ist die Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesgerichtshof nach § 544 ZPO – seit dem 1. Januar 2002 unverändert – nur bei einer Beschwerde von mehr als 20 000 Euro eröffnet. Von der Wertgrenze ausgenommen sind nach § 26 Nummer 8 Satz 2 EGZPO lediglich Urteile der Berufungsgerichte, mit denen die Berufung als unzulässig verworfen wurde. Diese bislang befristete Regelung wurde zuletzt mit Gesetz vom 21. Juni 2018 (BGBl. I S. 863) bis einschließlich 31. Dezember 2019 verlängert.

Die Bestimmung einer Mindestbeschwerde soll die Überlastung des Bundesgerichtshofs aufgrund der Zunahme von Nichtzulassungsbeschwerden verhindern. Die Zahl der eingegangenen Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden ist insbesondere zwischen 2011 und 2016 signifikant gestiegen ist, von 3357 im Jahr 2011 auf 4545 im Jahr 2016; der ganz überwiegende Teil davon sind Nichtzulassungsbeschwerden (vergleiche Übersicht über den Geschäftsgang bei den Zivilsenaten des Bundesgerichtshofs im Jahre 2018 – Jahresstatistik -, S. 10, abrufbar unter: https://www.bundesgerichtshof.de/DE/Service/Statistik/StatistikZivil/StatistikZivil2018/statistikZivil2018_node.html). Seit 2017 ist ein leichter Rückgang der Eingangszahlen zu verzeichnen; die Geschäftsbelastung des Bundesgerichtshofs bleibt aber weiterhin hoch. So belief sich die Zahl der eingegangenen Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden im Jahr 2017 auf 4 127, davon 3 486 Nichtzulassungsbeschwerden, und im Jahr 2018 auf 4 088, davon 3 600 Nichtzulassungsbeschwerden. Die Anzahl der Nichtzulassungsbeschwerden zum Bundesgerichtshof bleibt damit auf konstant hohem Niveau. Ohne die Wertgrenze wäre mit einem Anstieg von Nichtzulassungsbeschwerden um ein Vielfaches zu rechnen und es würde zu einer nicht mehr tragbaren Belastung des Bundesgerichtshofs kommen.

Damit der Bundesgerichtshof seiner Aufgabe, für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Klärung grundsätzlicher Fragen einschließlich der Rechtsfortbildung zu sorgen, langfristig nachkommen kann, ist eine dauerhafte Regelung für die Nichtzulassungsbeschwerde erforderlich. Die Übergangsvorschrift in § 26 Nummer 8 EGZPO wird daher aufgehoben und durch eine dauerhafte Regelung in § 544 Absatz 2 ZPO-E ersetzt. Auch die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder hat sich mit Beschluss vom 15. November 2018 hierfür ausgesprochen.

Zu Artikel 2 (Änderung der Zivilprozessordnung)

Zu Nummer 1 (§ 44 Absatz 4 Satz 2 ZPO-E)

§ 44 Absatz 4 Satz 2 ZPO-E legt fest, dass Ablehnungsgesuche unverzüglich, das heißt ohne prozesswidriges Verzögern, nach Kenntniserlangung von den Ablehnungsgründen geltend zu machen sind. Damit soll verhindert werden, dass Ablehnungsgesuche von einer Partei aus taktischen Gründen zur Verfahrensverzögerung erst dann gestellt werden, wenn sich im Verlauf des Verfahrens eine für sie ungünstige Verhandlungsposition ergibt.

Zwar enthält bereits § 43 ZPO eine zeitliche Grenze für die Geltendmachung von Ablehnungsgründen. Danach kann eine Partei einen Richter wegen Besorgnis der Befangenheit nicht mehr ablehnen, wenn sie sich bei ihm, ohne den ihr bekannten Ablehnungsgrund geltend zu machen, in eine Verhandlung eingelassen oder Anträge gestellt hat. § 43 ZPO hindert jedoch nicht die Geltendmachung von Ablehnungsgründen, die der Partei im Zeitpunkt der Einlassung oder Antragstellung noch nicht bekannt waren.

Für diese Fälle regelt § 44 Absatz 4 ZPO, dass die Partei in ihrem Ablehnungsgesuch glaubhaft zu machen hat, dass der Ablehnungsgrund erst später entstanden oder der Partei bekannt geworden ist. Eine ausdrückliche zeitliche Begrenzung der Geltendmachung von Ablehnungsgesuchen für diese Fälle sieht das Gesetz bislang nicht vor. Anerkannt ist in der Rechtsprechung lediglich, dass Ablehnungsgesuche mangels Rechtsschutzbedürfnisses unzulässig sind, wenn durch die Ablehnung offensichtlich das Verfahren nur verschleppt oder nur verfahrensfremde Zwecke verfolgt werden sollen (vergleiche MüKo-ZPO/Stackmann, 5. Auflage 2016, § 44 Rn. 2; Musielak/Voit/Heinrich, ZPO, 16. Auflage 2019, § 44 Rn. 5).

§ 44 Absatz 4 Satz 2 ZPO-E gilt über § 54 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), § 51 Absatz 1 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung (FGO) und § 60 Absatz 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) in Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten entsprechend.

Zu Nummer 2 (§ 67 Satz 2 ZPO-E)

§ 67 Satz 2 ZPO-E eröffnet den Gerichten die Möglichkeit, das persönliche Erscheinen von Nebenintervenienten zur Sachverhaltsaufklärung und/oder einen Güteversuch anzuordnen. Hierdurch soll die Sachverhaltsaufklärung und die gütliche Streitbeilegung erleichtert werden. Fragen zum entscheidungserheblichen Sachverhalt können in der Praxis häufig, beispielsweise in Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen, bei denen zahlreiche Unternehmen an der Erstellung eines Bauwerks beteiligt wurden, nicht von den Parteien selbst, sondern von einem – sachnäheren Streithelfer – beantwortet werden. Zudem spielen Streithelfer bei der gütlichen Streitbeilegung, insbesondere bei offenen Regressfragen, eine besondere Rolle.

Zu Nummer 3 (§ 127 Absatz 3 Satz 2 ZPO-E)

Die Regelung in § 127 Absatz 3 Satz 2 ZPO-E erstreckt durch die ausdrückliche Bezugnahme auf § 116 Satz 3 ZPO das Beschwerderecht der Staatskasse gemäß § 127 Absatz 2 Satz 1 ZPO auch auf Fälle der Bewilligung von Prozesskostenhilfe an juristische Personen oder an Parteien kraft Amtes. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts-

hofs (BGH, Beschluss vom 21. Januar 2016, Az. IX ZB 24/15) ist das Beschwerderecht der Staatskasse nach bisheriger Rechtslage auf Fälle der Bewilligung von Prozesskostenhilfe an natürliche Personen beschränkt. Für diese Beschränkung ist kein sachlicher Grund ersichtlich.

Die Regelung gilt gemäß § 166 Absatz 1 Satz 1 VwGO, § 142 Absatz 1 FGO und § 73a Absatz 1 Satz 1 SGG in Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten entsprechend.

Zu Nummer 4 (§ 128 Absatz 3 ZPO-E)

Nach der Regelung in § 128 Absatz 3 ZPO-E sollen die Gerichte nicht nur dann, wenn nur noch über die Kosten zu entscheiden ist, sondern auch in Fällen, in denen lediglich noch eine Entscheidung über Nebenforderungen (insbesondere Zinsen) aussteht, ohne mündliche Verhandlung entscheiden können. Hierdurch soll im Interesse der Parteien eine schnellere und kostengünstigere Erledigung des Rechtsstreits sowie zugleich eine Entlastung der Gerichte ermöglicht werden. Da Nebenforderungen in der Regel für die Parteien von untergeordnetem wirtschaftlichem Gewicht sind, erscheint eine obligatorische mündliche Verhandlung nach § 128 Absatz 1 ZPO verzichtbar. Soweit es das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen als erforderlich erachtet, kann es weiterhin, wie auch in Fällen, in denen lediglich über die Kosten zu entscheiden ist, eine mündliche Verhandlung anberaumen.

Zu Nummer 5 (§ 139 Absatz 1 Satz 3 ZPO-E)

Durch die Ergänzung in § 139 Absatz 1 soll klargestellt werden, dass die Gerichte im Rahmen der Prozessleitung auch die Möglichkeit haben, den Streitstoff zu strukturieren und abzuschichten, sofern dies sachdienlich ist. Gerade bei umfangreichen Verfahren kommt der Prozessführung durch das Gericht eine besondere Bedeutung zu. Die Strukturierung des Verfahrensablaufs sowie die inhaltliche Abschichtung des Streitstoffes und Fokussierung auf die aus Sicht des Gerichts klärungsbedürftigen Punkte können wesentlich zur Straffung des Verfahrens und zu mehr Effizienz beitragen. Strukturierung und Abschichtung sind zwar auch schon im Rahmen der geltenden allgemeinen verfahrensrechtlichen Regelungen grundsätzlich möglich (vergleiche Zöller/Greger, ZPO, 32. Auflage 2018, § 139 Rn. 3a, § 273 Rn. 1, 14a). Durch die klarstellende Ergänzung soll jedoch ein Anreiz gesetzt werden, dass von den Möglichkeiten der Strukturierung und Abschichtung noch stärker als bislang Gebrauch gemacht wird.

Zu Nummer 6 (§ 144 Absatz 1 Satz 1 ZPO-E)

Durch die Umformulierung des § 144 Absatz 1 Satz 1 ZPO-E soll deutlicher als bisher geregelt werden, dass sich das Gericht zur fachlichen Unterstützung der besonderen Sachkunde von Sachverständigen auch unabhängig von einer Beweisaufnahme in einem frühen Verfahrensstadium verfahrensbegleitend zu Beratungszwecken bedienen kann. Der Sachverständige ist in dieser Funktion nicht Beweismittel, sondern Berater des Gerichts (vergleiche Stamm, ZZP 124 (2011), 433, 437).

Die Möglichkeit des Gerichts, nach pflichtgemäßem Ermessen von Amts wegen einen Sachverständigen nicht nur zur Begutachtung, sondern auch als fachlichen Berater heranzuziehen, um sich auf diesem Wege die erforderliche Sachkunde zum richtigen Verständnis des Parteivorbringens und zur Erfassung des Sachverhalts zu verschaffen, besteht schon nach geltendem Recht (vergleiche Zöller/Greger, ZPO, 32. Auflage 2018, § 144 Rn. 1; MüKo/Fritsche, 5. Aufl. 2016, § 144 Rn. 1; Stamm, a. a. O., S. 441 f.). Hier-von wird jedoch nur zurückhaltend Gebrauch gemacht, obwohl dies gerade bei komplexen, technisch komplizierten Sachverhalten wünschenswert sein und einen Qualitätsgewinn bedeuten kann.

Zu Nummer 7 (§ 174 Absatz 4 Satz 5 und 6 ZPO-E)

Die bisherige Regelung, wonach ein elektronisches Empfangsbekanntnis zwingend in Form eines strukturierten maschinenlesbaren Datensatzes zu übermitteln ist, führt in der Praxis dann zu Problemen, wenn die Bereitstellung eines solchen Datensatzes durch das Gericht aufgrund technischer Probleme nicht möglich ist. Für diesen Fall eröffnet nunmehr § 174 Absatz 4 Satz 6 ZPO-E die Möglichkeit, dass das elektronische Empfangsbekanntnis auch als bloßes elektronisches Dokument übermittelt werden kann. Im Übrigen bleibt es bei der Regelung, dass ein elektronisches Empfangsbekanntnis in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln ist.

§ 174 ZPO gilt über § 56 Absatz 2 VwGO, § 53 Absatz 2 FGO und § 63 Absatz 2 SGG auch in Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten.

Zu Nummer 8 (§ 278 Absatz 6 ZPO-E)

Durch die Änderung in § 278 Absatz 6 ZPO-E werden die Modalitäten eines gerichtlichen Vergleichsabschlusses vereinfacht. Nach der derzeitigen Regelung des § 278 Absatz 6 Satz 1 Fall 2 ZPO kann ein gerichtlicher Vergleich dadurch geschlossen werden, dass die Parteien einen schriftlichen Vergleichsvorschlag des Gerichts durch Schriftsatz gegenüber dem Gericht annehmen. Dieses Erfordernis wird nach der derzeitigen Rechtslage nicht erfüllt, wenn eine Partei in der mündlichen Verhandlung zu einem vom Gericht unterbreiteten und protokollierten Vergleichsvorschlag ihre Zustimmung zu Protokoll erklärt und die Gegenpartei außerhalb der mündlichen Verhandlung innerhalb einer vom Gericht gesetzten Frist mit Schriftsatz ihre Zustimmung erklärt (BGH, Urteil vom 14. Juli 2015 – Az. VI ZR 326/14, Rn. 16, 18 – zitiert nach juris). In diesem Fall soll nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die zu Protokoll des Gerichts erklärte Annahme des gerichtlichen Vergleichsvorschlags durch eine Partei nicht dem Formerfordernis nach § 278 Absatz 6 Satz 1 Fall 2 ZPO genügen. Durch die Neuregelung wird auch in dem zuvor genannten Fall der Abschluss eines wirksamen gerichtlichen Vergleichs ermöglicht. Dies erspart einigungswilligen Rechtsuchenden und ihren Anwälten Zeit- und Kostenaufwand und entlastet die Gerichte.

Zu Nummer 9 (§ 320 Absatz 3 bis 5 ZPO-E)

§ 320 Absatz 3 ZPO in seiner bisherigen Fassung sieht vor, dass über den Antrag auf Berichtigung des Tatbestands des Urteils mündlich zu verhandeln ist, wenn eine Partei dies beantragt. Um das Berichtigungsverfahren effizienter zu gestalten, soll es zukünftig allein in das pflichtgemäße Ermessen des Gerichts gestellt werden, ob eine mündliche Verhandlung anzuberaumen ist. Da die Parteien ihre Argumente zur Tatbestandsberichtigung bereits schriftsätzlich vorgetragen haben und eine Beweisaufnahme ohnehin nicht möglich ist (§ 320 Absatz 4 Satz 1 ZPO) ist ein weiterer Erkenntnisgewinn durch eine mündliche Verhandlung in der Regel nicht zu erwarten. Die bisherige Regelung birgt die Gefahr, dass ein Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung von der unterlegenen Partei allein zur Verfahrensverzögerung gestellt wird. Die Neuregelung ist daher im Interesse einer Verfahrensbeschleunigung, insbesondere zur Sicherung der rechtzeitigen Aktenübersendung an die Rechtsmittelinstanz, sachgerecht.

Zu Nummer 10 (§ 321 Absatz 3 ZPO-E)

Nach § 321 Absatz 3 ZPO in der bisherigen Fassung ist über Urteilsergänzungsanträge nur dann nicht mündlich zu verhandeln, wenn die Parteien nach § 128 Absatz 2 ZPO einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung zustimmen. Soweit der Ergänzungsantrag nur Nebenansprüche oder den Kostenpunkt betrifft, ist es jedoch im Interesse einer effizienten und beschleunigten Verfahrensbearbeitung sachgerecht, dass das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden kann, ob es – ungeachtet der Zustimmung der Parteien - eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung trifft. Daher regelt § 321 Absatz 3 ZPO-E, dass der in § 128 Absatz 3 ZPO-E enthaltene Grundsatz, dass über Kosten

oder Nebenforderungen auch ohne mündliche Verhandlung entschieden werden kann, auch für Urteilsergänzungsanträge gilt. Entscheidet das Gericht ohne mündliche Verhandlung, gilt gemäß § 321 Absatz 3 Satz 2 ZPO-E die Vorschrift des § 128 Absatz 2 Satz 2 ZPO entsprechend. Danach bestimmt das Gericht eine dem Schluss der mündlichen Verhandlung entsprechende Schriftsatzfrist. In Fällen, in denen die Bedeutung der Sache eine mündliche Erörterung von Zweifelsfragen erfordert, kann das Gericht zur Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes weiterhin eine mündliche Verhandlung anberaumen.

Zu Nummer 11 (§ 348 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 ZPO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 12 (§ 544 ZPO-E)

Die bislang als Übergangsvorschrift in § 26 Nummer 8 EGZPO ausgestaltete Regelung über die Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen wird in § 544 Absatz 2 ZPO-E verstetigt. § 544 Absatz 2 Nummer 1 ZPO-E sieht vor, dass die Nichtzulassungsbeschwerde – vorbehaltlich des § 544 Absatz 2 Nummer 2 ZPO-E - nur zulässig ist, wenn der Wert der mit der Revision geltend zu machenden Beschwer 20 000 Euro übersteigt (§ 544 Absatz 2 Nummer 1 ZPO-E). Diese Regelung entspricht der bisherigen befristeten Regelung in § 26 Nummer 8 Satz 1 EGZPO.

Durch die dauerhafte Festschreibung der Wertgrenze in Höhe von 20 000 Euro soll sichergestellt werden, dass der Bundesgerichtshof seiner Aufgabe, für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Klärung grundsätzlicher Fragen einschließlich der Rechtsfortbildung zu sorgen, dauerhaft nachkommen kann. Die Rechtsschutzmöglichkeiten der Parteien werden durch die Festschreibung einer Wertgrenze in Höhe von 20 000 Euro nur in dem Maße eingeschränkt wird, wie es zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Bundesgerichtshofs erforderlich ist. Auf die Ausführungen oben zu Artikel 1 wird insoweit verwiesen.

Von der Wertgrenze ausgenommen bleiben sollen Nichtzulassungsbeschwerden gegen Urteile, mit denen die Berufung als unzulässig verworfen wird. Hintergrund hierfür ist die Vereinheitlichung der Rechtsmittelmöglichkeiten bei verwerfenden Entscheidungen des Berufungsgerichts, gegen die gemäß § 522 Absatz 1 Satz 4 ZPO wertunabhängig die Rechtsbeschwerde stattfindet, wenn sie nach § 522 Absatz 1 Satz 2, 3 ZPO als Beschluss ergangen sind. Der Rechtsschutz gegen Verwerfungsentscheidungen des Berufungsgerichts soll unabhängig davon gewährleistet sein, ob sie als Urteil oder als Beschluss ergehen (vergleiche Bundestagsdrucksache 15/1508, S. 22; BGH MDR 2011, 877).

Zu Nummer 13, Nummer 14 und Nummer 15 (§ 549 Absatz 1 Satz 3, § 550 Absatz 1, § 551 Absatz 2 Satz 4 ZPO-E)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Nummer 16 und Nummer 17 (§ 695 Satz 3 und § 697 Absatz 2 Satz 2 ZPO-E)

§ 697 Absatz 2 Satz 2 ZPO-E enthält die Fiktion einer teilweisen Klagerücknahme für Fälle, in denen der Antrag in der Anspruchsbegründung hinter dem ursprünglichen Mahnantrag zurückbleibt. Dies kommt in der Praxis nicht selten vor, da im Mahnverfahren teilweise hohe Nebenforderungen (Inkassokosten, Mahnkosten, Zinsen) geltend gemacht werden, welche in der Anspruchsbegründung in dieser Höhe nicht mehr beantragt werden.

Die Fiktion nach § 697 Absatz 2 Satz 2 ZPO-E greift allerdings nur dann, wenn der Antragsteller zuvor über diese Folge belehrt oder durch das Streitgericht auf diese Folge hingewiesen ist. Dementsprechend sieht § 695 Satz 3 ZPO-E eine entsprechende Regelung vor zur Belehrungspflicht des Antragsstellers durch das Mahngericht.

Die Neuregelung dient der Vereinfachung. Sie soll den Gerichten den Mehraufwand ersparen, der damit verbunden ist, im Einzelfall im Rahmen der gerichtlichen Hinweispflicht und durch verfahrensleitende Anordnungen auf eine prozessuale Erklärung hinsichtlich des Differenzbetrags hinzuwirken.

Die Vorschriften über das Mahnverfahren finden in Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten keine entsprechende Anwendung über § 173 Satz 1 VwGO, § 155 Satz 1 FGO und § 202 Satz 1 SGG.

Zu Nummer 18 (§ 718 Absatz 1 ZPO-E)

§ 718 Absatz 1 ZPO-E stellt es künftig in das pflichtgemäße Ermessen des Gerichts, ob es in Vorabentscheidungen über die vorläufige Vollstreckbarkeit durch Beschluss entscheidet oder eine mündliche Verhandlung anberaunt. Nach bisheriger Rechtslage ist über Anträge auf Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit zwingend mündlich zu verhandeln. Die Neuregelung dient der Verfahrensbeschleunigung. Die zu entscheidenden Fragestellungen können in der Regel umfassend schriftsätzlich erörtert werden. Eine Entscheidung im Beschlusswege hat den Vorteil, dass in der Regel schneller Klarheit über den Umfang und die Voraussetzungen der vorläufigen Vollstreckbarkeit der erstinstanzlichen Entscheidung geschaffen wird. Bei komplexen Fragen, die einer mündlichen Erörterung bedürfen, kann das Gericht weiterhin eine mündliche Verhandlung anberaumen, wenn es eine solche als erforderlich ansieht.

Die Regelung gilt über § 167 Absatz 1 Satz 1 VwGO (vergleiche Schenke, in: Kopp/Schenke, VwGO, 24. Auflage 2018, § 167 Rn. 1), § 151 Absatz 1 Satz 1 FGO und § 198 Absatz 1 SGG in Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten entsprechend.

Zu Artikel 3 (Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 13a GVG-E)

Bereits nach geltender Rechtslage besteht für die Länder die Möglichkeit, durch Landesrecht einem Gericht für die Bezirke mehrerer Gerichte Sachen aller Art ganz oder teilweise zuzuweisen. Erforderlich ist jedoch bislang eine landesgesetzliche Regelung. Um die Möglichkeit der Konzentration im Interesse einer sachdienlichen Förderung und schnelleren Erledigung von Verfahren flexibler zu gestalten, sieht § 13a Absatz 1 GVG-E nunmehr eine Verordnungsermächtigung an die Landesregierungen sowie die Möglichkeit einer Subdelegation an die Landesjustizverwaltungen vor. Bereits bestehende Konzentrationsermächtigungen, etwa in den §§ 22c, 23d, 58, 71 Absatz 4 GVG, haben Vorrang und bleiben von der Regelung unberührt.

§ 13a Absatz 2 GVG-E stellt ausdrücklich klar, dass die Länder die Errichtung gemeinsamer Gerichte oder Spruchkörper oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken auch über die Landesgrenze hinaus vereinbaren können. Dies war nach der bisherigen Regelung umstritten. Zum Teil wurde dies unter Hinweis auf die Organisationsgewalt der Länder bejaht (Zöller/Lückemann, ZPO, 32. Auflage 2018, § 13a GVG, Rn. 1), zum Teil wurde eine ausdrückliche Ermächtigungsgrundlage als erforderlich angesehen (vergleiche Kissel/Mayer, GVG, 9. Auflage 2018, Einleitung Rn. 23). Die Neuregelung schafft insoweit nunmehr Rechtsklarheit. Dadurch soll insbesondere kleineren Ländern ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt werden, durch Kooperation mit anderen Ländern sicherzustellen, dass für bestimmte Sachgebiete ein hinreichendes Fallaufkommen bei den eingerichteten Spruchkörpern gewährleistet ist. Die Neuregelung setzt zudem auch einen Beschluss der Justizministerkonferenz vom 17. November 2016 zu länderübergreifenden Zuständigkeitskonzentrationen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit um.

§ 3 Absatz 2 VwGO, § 3 Absatz 2 FGO und § 7 Absatz 2 SGG enthalten bereits vergleichbare gesetzliche Regelungen für Verfahren vor den Gerichten der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten.

Zu Nummer 2 (§ 72a GVG-E)

Bereits mit dem Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts, zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung, zur Stärkung des zivilprozessualen Rechtsschutzes und zum maschinellen Siegel im Grundbuch- und Schiffsregisterverfahren vom 28. April 2017 (BGBl. I S. 969) wurde die Einrichtung spezialisierter Zivilkammern für Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften, aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, für Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen und für Streitigkeiten aus Versicherungsverhältnissen eingeführt (§ 72a Satz 1 Nummern 1 bis 4 GVG).

Die Regelung in § 72a GVG dient dem Zweck, eine effiziente und ressourcensparende Bearbeitung und Entscheidung von Verfahren dadurch zu fördern, dass innerhalb des Gerichts eine häufigere Befassung der entscheidenden Spruchkörper mit den genannten Materien eintritt (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zum Entwurf der Bundesregierung zur Reform des Bauvertragsrechts, Bundestagsdrucksache 18/11437, S. 45).

Über die bislang in § 72a Satz 1 Nummer 1 bis 4 GVG genannten Sachgebiete hinaus ist eine Spezialisierung auch für Streitigkeiten aus dem Bereich der Kommunikations- und der Informationstechnologie, Streitigkeiten über Ansprüche aus Veröffentlichungen durch Druckerzeugnisse, Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen, für erbrechtliche Streitigkeiten sowie für insolvenzbezogene Streitigkeiten und Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz sachgerecht. Dem trägt § 72a Absatz 1 GVG-E durch eine Erweiterung des bisherigen Katalogs um die Nummern 5 bis 8 Rechnung.

Die Bezeichnung der Sachgebiete in § 72a Absatz 1 Nummer 5 und Nummer 6 GVG-E entsprechen § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a beziehungsweise j ZPO.

Der Begriff der Streitigkeiten aus dem Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie (§ 72a Absatz 1 Nummer 5 GVG-E) umfasst wie § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe j ZPO insbesondere Streitigkeiten aus Verträgen über Telekommunikationsdienstleistungen ebenso wie vertragliche und deliktische Ansprüche einschließlich der Produkthaftung in Bezug auf IT-Hardware und Software (vergleiche Bundestagsdrucksache 14/4722, S. 89).

§ 72a Absatz 1 Nummer 6 GVG-E betrifft wie § 348 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a ZPO insbesondere Verletzungen des Persönlichkeitsrechts oder des Gewerbebetriebs durch Medien, presserechtliche Gegendarstellungsansprüche, aber auch Ansprüche aus Vereinbarungen, zum Beispiel Honoraransprüche (Bundestagsdrucksache 14/4722, S. 88).

§ 72a Absatz 1 Nummer 7 GVG-E umfasst die in die Zuständigkeit der Landgerichte fallenden Streitigkeiten nach der Zivilprozessordnung über erbrechtliche Angelegenheiten im Sinne des Fünften Buches des Bürgerlichen Gesetzbuches. Unter § 72a Absatz 1 Nummer 8 GVG-E fallen Streitigkeiten, die im internationalen Insolvenzrecht von Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung 2015/848 über Insolvenzverfahren (ABl. L 141 vom 5. Juni 2015, S. 19; L 349 vom 21.12.2016, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2018/946 (ABl. L 171 vom 6.7.2018, S. 1) geändert worden ist, erfasst werden. Dazu gehören insbesondere Streitigkeiten über Insolvenzanfechtungen nach den §§ 129 ff. der Insolvenzordnung (InsO), Streitigkeiten über die Unwirksamkeit von Rechtshandlungen nach § 88 InsO, Feststellungsklagen nach den §§ 179, 184 InsO, Haftungsklagen gegen Insolvenzverwalter wegen Verletzung ihrer insolvenzrechtlichen Pflichten nach § 60 InsO, Haftungsklagen

gegen Geschäftsleiter wegen Zahlungen bei materieller Insolvenz nach § 64 des Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und vergleichbaren Anspruchsgrundlagen wie die §§ 92 Absatz 2, 93 Absatz 2 Nummer 6 des Aktiengesetzes oder die §§ 130a, 177a des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie Klagen, mit denen nach § 823 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in Verbindung mit § 15a InsO und vergleichbaren Anspruchsgrundlagen wie die §§ 130a, 177a HGB Haftungsansprüche wegen Insolvenzverschleppung geltend gemacht werden. Wegen der systematischen Bezüge zum Insolvenzanfechtungsrecht sollen von dem Sachgebiet auch Anfechtungssachen nach dem Anfechtungsgesetz umfasst werden.

Um es den Ländern zu ermöglichen, mit Rücksicht auf landesspezifische Besonderheiten und das jeweilige regionale Fallaufkommen die Einrichtung von Zivilkammern in weiteren Sachgebieten bei den Landgerichten vorzusehen, enthält § 72a Absatz 2 ZPO-E eine allgemeine Verordnungsermächtigung an die Landesregierungen mit Subdelegationsmöglichkeit an die Landesjustizverwaltungen.

Zu Nummer 3 (§ 119a GVG-E)

§ 119a Absatz 1 GVG-E sieht entsprechend der Regelung des § 72a Absatz 1 GVG-E auch auf der Ebene der Oberlandesgerichte die obligatorische Einrichtung von Spezialspruchkörpern für die jeweiligen Sachgebiete vor. Insoweit wird auf die obigen Ausführungen zu Nummer 2 (§ 72a GVG-E) verwiesen.

Ebenso wie § 72a Absatz 2 GVG-E sieht auch § 119a Absatz 2 GVG-E die Möglichkeit für die Landesregierungen beziehungsweise bei entsprechender Subdelegationsermächtigung für die Landesjustizverwaltungen vor, Senate für weitere Sachgebiete je nach landesspezifischen Besonderheiten und dem jeweiligen Fallaufkommen einzurichten.

Zu Artikel 4 (Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz)

§ 40a Absatz 1 EGGVG-E betrifft Verfahren, die noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Bauvertragsrechts, also vor dem 1. Januar 2018, anhängig geworden sind. Für diese Verfahren gilt weiterhin die vor dem 1. Januar 2018 geltende Zuständigkeit der angegangenen Spruchkörper. Hierdurch soll eine gerichtinterne Umverteilung bereits anhängiger Verfahren vermieden werden.

Für Verfahren, die zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 30. Juni 2020 eingegangen sind, bestimmt § 40a Absatz 2 EGGVG-E, dass die §§ 72a und 119a des Gerichtsverfassungsgesetzes in der bis zum Inkrafttreten der Neuregelungen nach Artikel 3 dieses Gesetzes geltenden Fassung anzuwenden sind. Das bedeutet, dass in diesem Zeitraum in den bereits in den §§ 72a und 119a alter Fassung des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Sachgebieten spezialisierte Spruchkörper vorzusehen sind, während in den nach diesem Gesetz neu bestimmten Sachgebieten nach den §§ 72a Absatz 1 Nummer 5 bis 8 und 119 Absatz 1 Nummer 5 bis 8 neuer Fassung diejenigen Spruchkörper zuständig bleiben, die nach bisherigen Zuständigkeitsregelungen zur Verhandlung und Entscheidung berufen waren.

Zu Artikel 5 (Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung)

Zu Nummer 1 (§ 106 Satz 2 VwGO-E)

§ 106 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Entwurfsfassung (VwGO-E) erleichtert die Modalitäten eines gerichtlichen Vergleichsabschlusses in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit in entsprechender Weise wie § 278 Absatz 6 Satz 1 ZPO-E für Verfahren vor den Zivilgerichten.

Zu Nummer 2 (§ 120 Absatz 3 Satz 2 VwGO-E)

§ 120 Absatz 3 Satz 2 VwGO-E enthält eine dem § 321 Absatz 3 ZPO-E vergleichbare Regelung zur Entscheidung über Urteilsergänzungsanträge in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 6 (Änderung des Sozialgerichtsgesetzes)

§ 101 Absatz 1 Satz 2 SGG in der Entwurfsfassung erleichtert die Modalitäten eines gerichtlichen Vergleichsabschlusses in Verfahren vor den Sozialgerichten in entsprechender Weise wie § 278 Absatz 6 Satz 1 ZPO-E für Verfahren vor den Zivilgerichten.

Zu Artikel 7 (Änderung der Finanzgerichtsordnung)

§ 109 Absatz 2 Satz 2 FGO in der Entwurfsfassung enthält eine dem § 321 Absatz 3 ZPO-E vergleichbare Regelung zur Entscheidung über Urteilsergänzungsanträge in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 8 (Inkrafttreten)

Artikel 8 legt fest, dass die in den Artikeln 1 und 2 vorgesehenen Regelungen am 1. Januar 2020 in Kraft treten. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Maßnahmen, die den Zivilprozess effizienter machen, den Rechtssuchenden möglichst zeitnah zu Gute kommen. Das Inkrafttreten der in Artikel 1 und Artikel 2 Nummer 12 dieses Gesetzes vorgesehenen Regelung zum 1. Januar 2020 ist angezeigt, da die derzeitige Regelung des § 26 Nummer 8 EGZPO bis zum 31. Dezember 2019 befristet ist.

Das Inkrafttreten der Regelungen in den Artikeln 3 und 4, die die obligatorische Einrichtung weiterer spezialisierter Spruchkörper auf der Ebene der Landgerichte und der Oberlandesgerichte betreffen, lässt den Gerichten sowie den Ländern genügend Zeit, sich bis zum 1. Juli 2020 auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen einzustellen.